

Bundesinnenministerium KfW-Sonderfonds für e- Government

[6.4.2004] Kommunen können bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zinsgünstige Darlehen auch für e-Government-Projekte beantragen. Darauf wies Göttrik Wewer, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, jetzt hin.

Mit Deutschland-Online, der nationalen e-Government-Strategie, wollen Bund, Länder und Kommunen e-Government in Deutschland entscheidend voranbringen. Über die intensive politische Kooperation hinaus stellt der Bund den Kommunen finanzielle Förderinstrumente bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bereit. Dies machte Göttrik Wewer, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, jetzt deutlich. "Investitionen in innovative prozessoptimierte IT-Lösungen sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes", sagte Wewer. Für die Bundesverwaltung rechne er mit beträchtlichen Einsparungen, wenn die Initiative BundOnline 2005 umgesetzt sei. Und auch auf kommunaler Ebene zahlen sich laut Wewer Investitionen in e-Government-Projekte schnell aus. Mit dem KfW-Infrastrukturprogramm - Sonderfonds "Wachstumsimpulse" stehen für kommunale Infrastrukturen wie zum Beispiel e-Government zinsgünstige langfristige Darlehen mit Festzinssätzen und tilgungsfreien Anlaufjahren zur Verfügung. Anträge sind bis zum Herbst bei der KfW zu stellen.

<http://www.bmi.bund.de>

<http://www.kfw.de>

Stichwörter: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), BMI, Bundesinnenministerium, BundOnline, Deutschland-Online, Darlehen, Göttrik#Wewer

Quelle: www.kommune21.de